



iran-report

Nr. 01/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Die Lage vor Jahresende - ruhig, aber resignativ / Blockade des Parlaments durch Justiz und Wächterrat - Parlamentsvizepräsident Armin: "Es geht jetzt um die Existenz der Reformbewegung..." / Studentenverband übt scharfe Kritik an Chatami - Offener Brief fordert „endlich Reformen“ oder Rücktritt / Chatamis Antwort in einer Rede vor Studenten enttäuschend / Verhaftung des Parlamentsabgeordneten Loghmanian - Regierungsdelegation verhandelt mit Justiz über Freilassung / Justiz instrumentalisiert Korruptionsprozeß gegen Parlament / Freilassung Loghmanians nach Rücktrittsdrohung durch Parlamentspräsident Karubi - Erster Erfolg für Reformler / Die Teilnehmer der Berliner Iran-Konferenz - Studentenführer Afshari widerruft öffentlich sein erzwungenes „Geständnis“ / Reformler wieder im Aufwind? - konziliante Replik Rafsandjani an Washington

II. Außenpolitik

Bushs „Achse des Bösen“ - EU und UN-Generalsekretär Annan gehen auf Distanz zu den USA / Scharfer Protest in Teheran - vorübergehender Schulterschluß zwischen Konservativen und Reformern / Reformler versuchen Situation zu entschärfen - Regierung schließt iranische Niederlassung des afghanischen Mudjahiddin Gulbuddin Hekmatjar / Staatsbesuch des afghanischen Regierungschefs Karsai in Iran - Rückenstärkung für Teheran / Besuch des iranischen Außenministers Kharrazi in Berlin - „ausgezeichnete deutsch-iranische Beziehungen“

Mit der ersten Ausgabe des iran-reports stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint künftig monatlich (Nr. 02/2002 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Die Lage vor Jahresende

In den letzten Wochen vor Jahresende herrschte im Iran relative Ruhe, eine Ruhe, die nicht etwa auf Gelassenheit, sondern auf eine sich im ganzen Land ausbreitende Resignation zurückzuführen war. Skeptiker sprachen vom Ende der Reformen; die radikale Opposition, die den Anspruch der Reformen, die Gesellschaft liberalisieren und demokratisieren zu können, schon immer als irreführend bezeichnete, fühlte sich bestätigt. Sogar einige Wortführer der Reformbewegung im islamischen Lager erklärten, die Reformbewegung sei in eine Sackgasse geraten; das Bestreben, gesellschaftliche Veränderungen auf friedlichem Wege und ohne offene Konfrontation mit den Konservativen zu erreichen, habe sich als unrealistisch erwiesen. Die Stimmung in der Bevölkerung, insbesondere unter Jugendlichen, drohte völlig umzuschlagen. Zum ersten Mal forderten Studenten Präsident Chatami auf, sein Scheitern zuzugeben und das Feld für eine Alternative zu räumen, falls er keinen Ausweg mehr wisse. Nicht selten meldeten sich Stimmen öffentlich zu Wort, die den Reformern im Parlament und Regierung vorschlugen, sich aus der Macht zurückzuziehen.

Reformen in der Sackgasse

Mohsen Armin, Vizepräsident des Parlaments und einer der bekanntesten Wortführer der Reformbewegung fand bei einer Pressekonferenz am 20.12.01 deutliche Worte:

„Die Einschränkungen, die zur Zeit sowohl der Regierung als auch dem Parlament auferlegt werden, zeigen, dass es jetzt nicht um die Frage geht, ob Reformen kurzfristig realisierbar sind. Es geht jetzt um die Existenz der Reformbewegung überhaupt...“ Bisher habe die Reformbewegung für eine allgemeine Deeskalation im Land geworben und versucht, die „Vernünftigeren“ unter den Reformgegnern anzusprechen. Doch die Ereignisse der letzten zwei Jahre, insbesondere der vergangenen Monate nach der Wiederwahl des Staatspräsidenten hätten gezeigt, dass die Bereitschaft, den Willen des Volkes zu akzeptieren, auf Seiten der Reformgegner äußerst gering sei. „Zur Zeit stellen wir fest, dass man versucht, die Reformbewegung völlig zu Fall zu

bringen und jeden Erfolg dieser Bewegung zu torpedieren“, bilanzierte Armin.

Armin wies auf die Blockade durch den Wächterrat hin. Nicht nur Gesetze über politische oder soziale, sondern auch über wirtschaftliche Reformen würden blockiert. „Wir haben in zahlreichen Fällen auf unsere Forderungen weitgehend verzichtet, um ein Minimum an Veränderungen durchsetzen zu können. ... Der Wirtschaftsausschuss verhandelte monatelang mit dem Wächterrat über ein Gesetz zur Werbung für Auslandsinvestitionen. Die Kritik, die der Wächterrat gegen dieses Gesetz vorbrachte, war in der Geschichte der Gesetzgebung einmalig. Selbst ein Staatsvertrag mit einem anderen Land über Schiffstransporte forderte die Kritik des Wächterrats heraus.“

Auch die Justiz erschwert ständig die Arbeit der Abgeordneten. Abgeordnete werden wegen ihren Äußerungen juristisch verfolgt. Unter diesen Umständen muss ich zugeben, dass wir keine Hoffnung mehr haben, dass die vom Parlament verabschiedeten Gesetze den Wächterrat und sonstige Hürden passieren.“

Auf die Frage von Journalisten, wie das Parlament dieses Dilemma überwinden könne, nannte Armin die Möglichkeit einer Volksbefragung, schränkte jedoch ein: „Von der Möglichkeit eines Referendums, die die Verfassung vorsieht, haben wir noch nicht Gebrauch gemacht. Wir sind der Meinung, dass man einen solchen Schritt nur dann unternehmen sollte, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Entweder gehen beide Seiten Kompromisse ein oder eine Seite muss -im schlimmsten Fall- den Platz räumen.“

Die Möglichkeit eines Referendums über Rechte und Befugnisse des Wächterrats wird unter Reformkräften seit geraumer Zeit diskutiert. Ein solcher Schritt würde von den Konservativen als offene Kampfansage aufgefasst werden, über deren Reaktionen lässt sich nur spekulieren. Präsident Chatami sprach sich gegen einen solchen Schritt aus. „Unser Volk hat oft klar genug seinen Willen kundgetan“, sagte er vor einer Versammlung von Studenten in Teheran. „Zur Zeit wird immer wieder von einem Referendum gesprochen. Wie oft sollen denn die Menschen in unserem Land an

einer Volksbefragung teilnehmen? Haben sie nicht am 2. Khordad (Tag der Wahl des Staatspräsidenten 1997), am 18. Khordad (Tag der Wiederwahl Chatamis), bei den Parlamentswahlen, bei den Kommunalwahlen und zuletzt bei den Wahlen in der Provinz Golestan (2001) eindeutig gesagt, was sie wollten? Ein klareres und kostengünstigeres Referendum gibt es nicht. Leute, die nicht bereit sind, diese Stimmabgaben zu akzeptieren, werden auch das Ergebnis eines Referendums nicht hinnehmen."

Offener Brief der Studenten an Staatspräsident Chatami

Das Treffen Chatamis mit Studenten am 22. Dezember wurde mit großer Spannung erwartet. Politische Beobachter waren neugierig, was der Präsident zur Lage im Land sagen würde. Drei Tage vor dem Treffen veröffentlichte der Islamische Studentenverband an der Amir Kabir Universität in Teheran einen provozierenden, offenen Brief an den Präsidenten und stellte ihn erstmals vor die Alternative, entweder zurückzutreten oder endlich grundlegende Reformen einzuleiten. In ungewöhnlicher Schärfe werfen die Autoren Chatami die ungebrochene Anerkennung des „illegalen Rats der Revolution“ (Wächterrat), eine schwache, nicht das reformorientierte Parlament repräsentierende Regierungsmannschaft und seine, Chatamis, zögerliche und schweigende Haltung nach den Repressalien gegen Reformkräfte vor. In einem letzten Absatz fordert der Verband den Präsidenten mit allem Nachdruck dazu auf, „die Gelegenheit zu nutzen, bevor es zu spät ist“ und „die Reformen zu retten“.

Mit seinem offenen Brief artikulierte der Studentenverband durchaus die Meinung breiter Bevölkerungskreise. Obwohl in sämtlichen Wahlen der vergangenen vier Jahre für Reformen und gegen die Konservativen gestimmt wurde, brachten die behutsamen Schritte des Präsidenten keine nennenswerten Fortschritte. Selbst das neu gewählte Parlament, auf das man große Hoffnungen gesetzt hatte, konnte sich nicht gegen die wütende Macht der Konservativen, gegen den Wächterrat, die Justiz, den Geheimdienst und die paramilitärischen Organisationen durchzusetzen. Es entstand der Eindruck, als befände sich

die Bevölkerung vor der Alternative: Resignation oder Rebellion.

Chatamis Auftritt vor Studenten

Der Auftritt des Staatspräsidenten vor der Versammlung der Studenten war enttäuschend. Chatami begnügte sich nach wie vor mit schönen Worten, mit metaphorischen Angriffen gegen die Konservativen und Durchhalteparolen. Er gestand den Studenten das Recht zu, den Staat zu kritisieren - wohl an die Adresse der Konservativen gerichtet, warnte er: „Wenn die Mäuler verschlossen werden, greifen die Hände nach Waffen.“ Das Volk müsse an den Entscheidungen beteiligt werden, sagte er. „Früher meinte man, die Geistlichkeit dürfe sich nicht in die Politik einmischen, heute ist es umgekehrt. Heute sagt man, niemand, außer der Geistlichkeit dürfe sich in die Politik einmischen. Das ist noch schlimmer als das erste. Denn damals wollte man einen kleinen Teil der Gesellschaft aus den Entscheidungen ausschließen, heute will man den größten Teil des Volkes daran hindern, über das eigene Schicksal zu bestimmen.“

Chatamis Äußerungen brachten allerdings nichts Neues, vielleicht waren sie eine Nuance schärfer als bisher. Man hatte gehofft, dass er wenigstens einige der prominentesten inhaftierten Reformer, wie Gandji, Sahabi, Eshkevari mit Namen nennt und ihnen seine Solidarität bekundet, dass er gegen das Verbot der liberalen, kritischen Presse und gegen die Verhaftung namhafter Journalisten protestiert, dass er die Freilassung der inhaftierten Studenten verlangt, dass er konkrete Schritte zur Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage ankündigt. Aber der Staatspräsident blieb seiner Linie treu und vermied jede direkte Provokation der Führer der Konservativen, auch jede direkte Einmischung in die Angelegenheiten der Justiz.

Verhaftung des Parlamentsabgeordneten Loghmanian

Die Situation spitzte sich zu, als der Parlamentsabgeordnete Hossein Loghmanian zu elf Monaten Gefängnis verurteilt und am 25. Dezember in Haft genommen wurde. Außer Loghmanian wurden zwei weitere Abgeordnete, darunter ei-

ne Frau, verurteilt. Insgesamt ermittelte die Justiz gegen sechzig Abgeordnete, die der Fraktion der Reformer angehörten. Loghmanian hatte bei einer Rede im Parlament die Justiz kritisiert, ihr Einschränkung der Redefreiheit und Einschüchterung des Parlaments vorgeworfen und gegen die Verhaftung von Ezatollah Sahabi, der mit einer Unterbrechung seit fast zwei Jahren im Gefängnis sitzt, protestiert.

Die Verhaftung Loghmanians war eine Machtdemonstration der Justiz und eine offene Kriegserklärung an das Parlament. Sie löste sowohl im Parlament als auch in der Bevölkerung eine Welle der Empörung aus. Die Regierung veröffentlichte eine Stellungnahme, in der auf die gesetzlich verankerte Immunität der Abgeordneten verwiesen wurde. Sie bildete eine Delegation, die über die Freilassung Loghmanians mit der Justiz Verhandlungen führen sollte. Einzelne Abgeordnete im Parlament protestierten ungewöhnlich scharf gegen die Justiz und warfen ihr Einmischung in die Legislative vor. Drei Abgeordnete aus Loghmanians Heimatstadt Hamadan legten aus Protest ihr Mandat nieder. Der Abgeordnete Shirzad aus Isfahan stellte die Frage, was geschehen, wenn die Justiz immer mehr Abgeordnete verhaftete, so viele, bis das Parlament seine Beschlussfähigkeit verlore. Dies käme doch einem Staatsstreich gleich.

Mohammad Reza Chatami, Vizepräsident des Parlaments und Bruder des Staatspräsidenten meinte, das Vorgehen der Justiz sei nicht juristisch, sondern eindeutig politisch. Es richte sich eindeutig gegen die Reformbewegung. Man wolle die Abgeordneten einschüchtern, sie zur Resignation treiben, damit sie ihr Mandat aufgeben.

Der Korruptionsprozess

Gleichzeitig eröffnete die Justiz einen Prozess gegen den jungen Unternehmer Djazajeri, der in kurzer Zeit ein bemerkenswertes Vermögen angehäuft hatte. Der bereits inhaftierte Djazajeri wurde angeklagt, zahlreiche Amtsträger, darunter eine ganze Reihe von Parlamentsabgeordneten aus der Fraktion der Reformer bestochen zu haben. Diese Provokation war vielleicht noch gefährlicher als die erste. Denn im

Falle Loghmanians konnten die Reformer auf die breite Solidarität in der Bevölkerung rechnen, im zweiten Fall nicht.

Das Parlament wurde nicht nur durch den Wächterrat nahezu vollständig lahmgelegt, es wurde nun auch offen denunziert und beleidigt. Die Hoffnung, das bestehende System friedlich liberalisieren und demokratisieren zu können, verflüchtigte sich in diesen Tagen zunehmend. Einige optimistische Parlamentarier wandten sich fast beschwörend an den Revolutionsführer Khamenei, er möge als oberste Instanz endlich einschreiten und der wütenden Justiz Zügel anlegen. Aber der Revolutionsführer, der selbst hinter den Kulissen an den Plänen gegen die Reformer beteiligt war, blieb gelassen. Er begnügte sich mit väterlichen Ratschlägen an beide Seiten, sie mögen friedlich miteinander umgehen.

Endlich ein Erfolg für die Reformer

Mitte Januar konnten die Reformer endlich einen kleinen Erfolg verbuchen. Ausgerechnet der eher konservative Parlamentspräsident Karubi leistete den ersten großen Widerstand. Nachdem seine Vermittlungsversuche hinter den Kulissen zur Freilassung des Abgeordneten Loghmanian gescheitert waren, verließ er demonstrativ das Plenum. Diesem Parlament könne er nicht vorstehen, sagte er und drohte ultimativ mit seinem Rücktritt. Etwa 200 Abgeordneten folgten ihm. Damit hatten die Konservativen nicht gerechnet. Der Rücktritt Karubis hätte unabsehbare Folgen haben können. Eiligst reichte Justizchef Shahrudi beim Revolutionsführer ein Gnadengesuch ein, dem Khamenei unverzüglich zustimmte. Wenige Stunden später war Loghmanian auf freiem Fuß. Das war der erste Sieg der Reformer seit dem Bestehen des neuen Parlaments. Mit der Begnadigung, um die der Inhaftierte nicht gebeten hatte, sollte das Eingeständnis der Justiz, sich zu weit nach vorn gewagt zu haben, vertuscht werden. Aber jeder im Land wusste, dass die Rechten dem Widerstand des Parlaments nachgegeben und einen Rückzug angetreten hatten. Ein Aufatmen ging durch das ganze Land.

Die Freilassung Loghmanians führte ebenfalls zur Aufhebung des Haftbe-

fehls gegen die anderen Volksvertreter. Auch um den Korruptionsprozess gegen den jungen Unternehmer Djazajeri wurde es stiller, sei es, weil durchsickerte, dass Djazajeri in Untersuchungshaft zu Geständnissen gezwungen worden war oder weil er während der Gerichtsverhandlung auch von hohen Summen sprach, die er an höchste Instanzen der rechten Fraktion spendiert hatte.

Das Schicksal der Teilnehmer an der Berliner Iran-Konferenz

Von den 17 Gästen der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Iran-Konferenz halten sich zwei Teilnehmer, Kazem Kardavani und Tschangiz Pahlavan immer noch in Deutschland auf. Der Geistliche Yussefi Eshkevari und der Journalist Akbar Gandji befinden sich nach wie vor im Gefängnis. Der 72-jährige Politiker Ezatollah Sahabi, der als profiliertester Vertreter der „national-religiösen“ Strömung gilt, wurde im Gefängnis gefoltert und zu Geständnissen gezwungen. Dies bestätigte er zu Beginn seines neuen Prozesses vor etwa zwei Monaten. Der Prozess fand hinter verschlossenen Türen statt. Unbestätigten Meldungen zufolge wurde er beschuldigt, den Sturz der Islamischen Republik geplant zu haben. Doch anscheinend gelang es dem Revolutionsgericht nicht, diese Beschuldigung aufrecht zu erhalten. Sahabi wurde am Samstag, den 2. März gegen eine hohe Kautionsaus der Haft entlassen.

Die beiden Übersetzer Said Sadr und Khalil Rostamkhani, die nicht einmal an der Konferenz teilgenommen hatten, befinden sich nach wie vor in Haft.

Der Studentenfürer Ali Afshari wurde kürzlich gegen eine hohe Kautions bis zu seinem nächsten, bald beginnenden Prozeß freigelassen. Im vergangenen Jahr zeigte das iranische Fernsehen ein Interview mit dem inhaftierten Afshari, der sich selbst zahlreicher Straftaten bezichtigte, unter anderem die Studenten zu feindlichen Aktivitäten gegen den Staat ermuntert und im Geheimen den Sturz der Islamischen Republik geplant zu haben.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis berief Afshari eine Pressekonferenz ein, auf der er erklärte, er sei

im Gefängnis durch Folter zu Geständnissen gezwungen worden. „Die erzwungenen Verhöre, die unter zunehmendem Druck durchgeführt werden, erreichen schließlich einen Punkt, an dem die Grenzen des Widerstands des Gefangenen überschritten werden“, sagte er. „Die Persönlichkeit zerbricht und man verliert jedes Selbstwertgefühl. Man kann weder an die Vergangenheit, noch an die Zukunft denken.“

Afshari berichtete, daß er von 356 Tagen Untersuchungshaft 328 Tage in Einzelhaft verbracht habe. Zehn Monate lang sei er völlig isoliert gewesen. Man habe ihn über die Vorgänge draußen falsch informiert und ihm irreführende Nachrichten zugespielt. Zu der Videoaufnahme sagte er, das Interview habe unter Zwang stattgefunden. Man habe ihm den Text diktiert. Die Aufzeichnung sei von Angestellten des staatlichen Fernsehens und in Anwesenheit von Untersuchungsbeamten und Gefängnispersonal durchgeführt worden. Afshari erklärte, Ziel der Rechten sei eine Spaltung und Zersplitterung der Studentenbewegung, die zu den größten Bastionen der Reformbewegung gehöre. Er entschuldigte sich beim iranischen Volk, insbesondere bei den Studenten dafür, daß er nicht genügend Kraft zum Widerstand aufgebracht habe. Er betonte, er stehe nach wie vor zu allem, was er vor seiner Verhaftung gesagt und getan habe und werde auch in Zukunft für seine Ideen kämpfen.

Am Samstag, dem 2. März wurde Ali Afshari erneut inhaftiert.

Reformer wieder im Aufwind?

Es gehört zu den Widersprüchen der Islamischen Republik, daß Afsharis Pressekonferenz trotz Zensur und zunehmender Repression stattfinden konnte. Daß er sich zu diesem Schritt entschloß, ist ein Hinweis darauf, daß sich seit etwa zehn Tagen die Reformer wieder im Aufwind befinden.

Die Attacken aus Washington lieferten zunächst den Rechten einen willkommenen Vorwand zu einem neuen Feldzug gegen die Reformbewegung. „Tod den USA, Tod Israel“ hallte es durch das ganze Land. Bei den Demonstrationen zum Jahrestag der Revolution am 12. Februar erreichte die Stimmungsmache gegen den Westen ihren Höhepunkt. Zum ersten Mal

seit Jahren gelang es den Konservativen wieder, Hunderttausende Demonstranten in der Hauptstadt und den Großstädten zu mobilisieren. Während dieser Tage holte die Justiz, die zur Zeit die Speerspitze im Kampf der Reformer gegen die Konservativen bildet, zu einem neuen Schlag aus. Zahlreiche Intellektuelle, Künstler, Filmemacher und Schriftsteller wurden vom „Wohnungsamt der Ordnungskräfte“ einbestellt und verhört. Zuvor war Siamak Purzand, ein bekannter Medienfachmann und Ehegatte der Frauenrechtlerin und Anwältin Mehrangiz Kar, die zu den Teilnehmern der Berliner Iran-Konferenz gehörte, unter merkwürdigen Umständen verschwunden. Nach einigen Wochen gab die Justiz bekannt, ihn verhaftet zu haben. Er wurde beschuldigt, mehrere Millionen Dollar aus den USA erhalten und sie unter Künstlern und Intellektuellen verteilt zu haben. Offensichtlich dienten die Verhöre zu einer neuen Kampagne gegen Andersdenkende. Siamak Purzand sollte dabei als Drahtzieher einer vermeintlichen Verschwörung gegen den islamischen Staat in einem Schauprozess die Verfolgung der Intellektuellen legitimieren. Der Plan löste bei Vertretern der Reformbewegung, Parlamentsabgeordneten und zahlreichen Verbänden heftigen Protest aus. Selbst das Kultusministerium verurteilte die Verhöre und forderte die Justiz auf, für den Abbruch der Aktion zu sorgen. Die Kampagne ist noch nicht beendet, aber in den letzten Tagen wurde sie von neuen Ereignissen überschattet, die der Reformbewegung den Rücken stärkten.

Die internationale Reaktion auf die Angriffe aus Washington gegen die Islamische Republik und die darauffolgenden Erfolge, die Teherans Diplomatie erzielte, konnten die Reformer zu ihren Gunsten verbuchen. Auch die Warnung einiger Abgeordneter im Parlament, die Drohung aus Washington könnte ernst gemeint sein und man müsse jeden Vorwand - in erster Linie war die Stimmungsmache gegen die USA gemeint - vermeiden, der zu einem tatsächlichen militärischen Angriff führen könnte, dämpfte zunächst den Eifer der Konservativen. Doch die Reformer wagten sich noch weiter vor. 172 Abgeordnete des Parlaments forderten in einem offenen Brief die Sicherheitsorgane und die Justiz auf, den Vorwürfen aus Washington nachzugehen. Konkret verlangten sie Auskunft darüber, ob

die Behauptung Israels zutreffe, daß aus Iran Waffen für die Palästinensische Autonomieregierung verschickt worden seien, ob Regionalmächte in Afghanistan zur Schwächung der Zentralregierung Waffen und Unterstützung aus Iran erhalten hätten und ob flüchtige Mitglieder der Terrororganisation al-Qaida tatsächlich in Iran Aufnahme gefunden hätten. Träfen die Behauptungen zu, müßten die beteiligten Personen oder Gruppen wegen Gefährdung der Sicherheit des Landes vor Gericht gestellt werden.

Der Brief richtete sich eindeutig an die Adresse der Konservativen, er war eine Demonstration der Stärke. Die Reaktion darauf war unterschiedlich. Die ultra-rechte Presse, das Sprachrohr der Fundamentalisten, schlug wütend zurück. Die Tageszeitung Keyhan bezeichnete den Offenen Brief als „Wiederholung der Äußerungen des CIA-Chefs“. Auch andere konservative Zeitungen beschimpften die Abgeordneten und bezeichneten sie als Lakaien der USA.

Wichtiger waren allerdings andere Reaktionen: daß Revolutionsführer Khamenei den afghanischen Regierungschef herzlich empfing und ihm öffentlich viel Erfolg wünschte ließ den Entschluß der Führung der Rechten zu einem behutsameren Auftreten erkennen. Noch wichtiger als die Geste Khameneis war jedoch die Stellungnahme der „grauen Eminenz“ der Konservativen, wie ihn der bekannte Journalist Gandji nannte. Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani ging bei seiner Pressekonferenz am 27. Februar auf die Angriffe aus Washington ein und sagte: „Ziel der Attacke aus der USA war, die inneriranischen Konflikte zu entfachen. Dabei haben die Vorwürfe die Gruppen und Fraktionen in unserem Land zusammengeschiedet. Die USA haben nun gemerkt, daß die Auseinandersetzung mit dem Iran nicht einfach ist. Aber es ist noch nicht sicher, daß sie ihre Feindschaft gemildert haben.“ Die USA, sagte Rafsandjani, sollten ihren guten Willen zeigen, zum Beispiel dadurch, daß sie die in Amerika gesperrten Gelder Irans, deren Höhe er mit zehn Milliarden Dollar bezifferte, frei geben. Die Haltung der Islamischen Republik sei völlig klar. Die Verfassung schreibe der Regierung vor, zu allen Staaten der Welt freundschaftliche Beziehung herzustellen. Auch die Logik

diktieren, daß Unruhen und Konflikte uns nichts nutzen, hingegen Verständnis und Freundschaft. „Es kann sein“, fuhr er fort, „daß es zwischen uns und einigen Staaten bestimmte Konflikte gibt. Diese müssen wir in einer vernünftigen Atmosphäre lösen. Selbstverständlich lassen sich die Konflikte zwischen uns und den USA lösen. Ich habe den Amerikanern ganz konkret gesagt, wenn ihr unsere Gelder, die ihr zu unrecht gesperrt habt, freigibt, werden wir dies als ein Zeichen des guten Willens anerkennen. Das wäre ein Zeichen dafür, daß ihr uns gegenüber nicht feindlich gesinnt seid. Wenn ihr aber unser Geld nicht zurückgibt, deutet dies auf Feindschaft. Im Falle der Rückgabe der Gelder können wir über unsere Konflikte miteinander reden.“

Dieser Gesinnungswandel des profiliertesten Repräsentanten der Konservativen, der noch vor wenigen Wochen mit dem Bau einer Atombombe gegen Israel drohte, deutet auf eine atemberaubende Wende. Was wären aber die Konservativen ohne antiwestliche Ideologie? Die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate bleibt abzuwarten. Sollten die Reformer jedoch die außenpolitischen Initiativen, das größere Engagement in Afghanistan, die Annäherung an Europa fortsetzen und ebenso die jüngst entflammten Konflikte mit Rußland und den Anrainerstaaten am Kaspischen Meer lösen können, dann werden diese Erfolge ihre Wirkung auch in der Innenpolitik zeigen.

II. Außenpolitik

Drohgebärden aus Washington: die „Achse des Bösen“

Just in dieser Situation, in der die Reformer leisen Aufwind spürten und erneuten Mut fassten, kam ein überraschender Hieb aus Washington, der das Blatt abermals zugunsten der Konservativen wendete.

In seiner Rede an die Nation erklärte US-Präsident Bush, Afghanistan sei erst der Anfang, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus werde mit derselben Entschlossenheit fortgesetzt. Er nannte als nächste Adressaten: Irak, Iran und Nordkorea, die er als „Achse des Bösen“ bezeichnete.

Der Angriff kam unerwartet, denn seit der Machtübernahme Chatamis im April 1997 herrschte Tauwetter in den iranisch-amerikanischen Beziehungen. Bushs Vorgänger Clinton hatte das Reformvorhaben Chatamis begrüßt, Außenministerin Albright sich für die amerikanische Iran-Politik, für den 1953 organisierten Putsch gegen den demokratischen Ministerpräsidenten Mossadegh, die Unterstützung der Schah-Diktatur und die langjährige Einmischung in die Innenpolitik Irans entschuldigt. Auf beiden Seiten wurden Fühler ausgestreckt und die Beziehungen zwischen nichtstaatlichen Bereichen gepflegt. Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler, Sportler sowie regierungsunabhängige Verbände und Vereine traten miteinander in Kontakt. Politische Beobachter sagten eine baldige Aufhebung des amerikanischen Wirtschaftsboykotts gegen Iran und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern voraus.

Selbst die Ereignisse vom 11. September führten nicht, wie manche befürchteten, zu einer Unterbrechung der Annäherungsversuche. Nicht nur die Reformer, auch die Konservativen verurteilten die Anschläge und bekundeten ihre Solidarität mit den Opfern. Zwischen beiden Ländern wurden sogar geheime Botschaften ausgetauscht, in denen sich Iran bereit erklärte, den USA geheime Informationen zur Verfügung zu stellen und notfalls amerikanischen Soldaten in Afghanistan Hilfe und Zuflucht zu gewähren. Im Gegenzug versicherten die USA, die nationale Souve-

ränität Irans zu akzeptieren. Iran weigerte sich zwar, der internationalen Allianz gegen Terror unter amerikanischer Führung beizutreten, zeigte sich aber zur Kooperation bereit.

Selbstverständlich löste im Iran der militärische Angriff der USA in Afghanistan, vor allem bei den Konservativen, Proteste aus. Die wenigen inszenierten Straßendemonstrationen hatten jedoch eher eine innen- als außenpolitische Funktion. Nach dem Sturz der Taliban hielt sich Teheran auffallend zurück, obwohl Iran unter den Nachbarn Afghanistans dem Land historisch und kulturell am nächsten stand. Allein die Tatsache, dass Iran seit Jahren fast 3 Millionen afghanische Flüchtlinge beherbergt, auch die militärische und finanzielle Unterstützung, die die Islamische Republik der Nordallianz gewährte hatte und schließlich der langjährige Kampf gegen die Taliban wären Grund genug, um bei der Neuordnung Afghanistans größeren Einfluss zu beanspruchen. Zu dem erklärte sich Iran bei der Geberkonferenz in Tokio bereit, in den kommenden fünf Jahren 560 Millionen Dollar für den Wiederaufbau Afghanistans Hilfe zu leisten, davon 120 Millionen noch in diesem Jahr.

Die bisherige Zurückhaltung Irans im afghanischen Konflikt hat natürlich innenpolitische Gründe, bietet aber, jedenfalls aus der Sicht der USA, keinen Anlass für eine neue Feindschaft. Selbst die Position Irans im Nahen Osten wurde im Verlauf der letzten Jahre zunehmend moderater. Während noch in letzter Zeit Arafat als Verräter bezeichnet und der Friedensplan von Oslo radikal abgelehnt wurde, erklärte Präsident Chatami kürzlich in New York, Iran werde jede Entscheidung der Autonomieregierung Palästinas akzeptieren.

Schon seit Jahren werfen die USA Teheran vor, es plane nukleare und biologische Massenvernichtungsmittel und unterstütze terroristische Gruppen im Nahen Osten. Dennoch war die amerikanische Iran-Politik, sowohl unter Clinton als auch seit dem Einzug Bushs ins Weiße Haus darauf ausgerichtet, die Reformbewegung zu unterstützen und die Konservativen an den Rand zu drängen.

Die Wende in dieser Politik kam überraschend, eigentlich zu dem Zeitpunkt als Israel bekannt gab, einen Frachter entdeckt zu haben, der ein ganzes Arsenal Waffen an Bord hatte - Waffen, die angeblich aus dem Iran stammten und an die palästinensische Regierung geliefert werden sollten. Die Möglichkeit, dass islamistische Gruppen in Iran die Außenpolitik der Regierung Chatami zu torpedieren versuchen, ist wohl nicht auszuschließen.

Die Drohungen aus Washington trafen zeitlich mit der Entdeckung des Frachters zusammen und waren mit dem neuen Vorwurf verbunden, Iran hetze Regionalmächte im Westen Afghanistans gegen die Interimsregierung auf und gewähre Mitgliedern von al-Qaida Zuflucht.

CIA-Chef George Turet erklärte bei seinem Bericht vor dem US-Kongress: „Die USA sind besorgt, dass die Reformbewegung in Iran ihre Kraft verliert. Seit fünf Jahren versperren der Führer der Islamischen Republik und andere radikale Kräfte Präsident Chatami den Weg. Die Radikalen beherrschen das Land, denn die Sicherheitskräfte sind durchaus in der Lage, die Unzufriedenen in Schranken zu weisen und die führenden Köpfe der Opposition in Haft zu nehmen.“

Die Reaktionen des Auslands auf den amerikanischen Kurwechsel gegenüber Iran waren durchweg zurückhaltend bis ablehnend. Der spanische Außenminister und derzeitiger Ratspräsident der EU erklärte, die Europäische Union werde ihre bisherige Beziehung zu Iran fortsetzen und intensivieren. Auch Außenminister Fischer ging zum ersten Mal seit seiner Amtsübernahme auf Distanz zu den USA. Deutschland sei bestrebt, die Reformbemühungen der iranischen Regierung zu unterstützen und den Dialog mit Iran auf allen Ebenen fortzusetzen. UN-Generalsekretär Kofi Annan distanzierte sich bei seinem Besuch in Teheran von den Vorwürfen der US-Regierung, indem er sagte, Iran hege keine Sympathien für al-Qaida und leiste auch keine logistische Unterstützung. Er beteuerte: „Ohne die Unterstützung der Nachbarländer können die Bemühungen der UN in Afghanistan keinen Erfolg haben.“

Schützenhilfe erhielt Iran auch von Rußland, den arabischen Staaten, China, Japan und Indien. Selbst Pakistan und nicht zuletzt die Interimsregie-

rung Afghanistans, widersprachen den Behauptungen Washingtons, Iran versuche die Friedensbemühungen in Afghanistan zu torpedieren.

Heftige Reaktionen aus Iran

In Iran selbst löste Bushs Angriff große Empörung aus. Hamid Reza Asefi, Sprecher des Außenministeriums sagte in einer Pressekonferenz in Teheran: „Weder die öffentliche Meinung im Ausland noch unsere Geduld etragen, dass irgendein Land in dieser Art und Weise unser Land bedroht. Wir hoffen, dass die Vereinigten Staaten nicht einen Fehler begehen, den sie nicht wiedergutmachen können.“ Asefi bezeichnete die Äußerungen aus Washington als solche, die aus Wahnvorstellungen stammen. Verantwortliche Politiker sollten für ihre Behauptungen Belege vorlegen. Washington stehe unter dem Einfluss Israels. Iran habe keinerlei Interesse daran, Mitgliedern von al-Qaida Zuflucht zu gewähren. Gerüchte, die das Gegenteil behaupten, dienten nicht der Stabilität Afghanistans. Iran betrachte al-Qaida schon aus ideologischen Gründen als Gegner. Auch die Behauptung, Iran sei bestrebt, Nuklearwaffen herzustellen, sei falsch. Das Atomkraftwerk in Bushehr stehe unter der Kontrolle der Vereinten Nationen. Zudem habe Iran entsprechende Konventionen unterzeichnet. Inspektoren der UNO hätten mehrmals bestätigt, dass das Kraftwerk nur friedlichen Zwecken diene.

Der Bau des Kraftwerks in Bushehr, mit dem die Firma Siemens begonnen hatte, wurde noch unter dem Schah in Auftrag gegeben. Nach einer längeren Unterbrechung, setzten die Russen 1995 trotz heftiger Proteste aus den USA das Projekt fort. Inzwischen hat die internationale Atomenergiebehörde (IAEA) Inspektionen in Bushehr durchgeführt und kein Anzeichen einer militärischen Nutzung feststellen können. Ein erster Block des Kraftwerks soll im Mai nächsten Jahres mit einer Leistungsstärke von tausend Megawatt betriebsbereit sein.

Der Oberkommandierende der iranischen Marine, Abbas Mohtadj, erklärte nach den Drohgebärden aus Washington, sein Land werde sich jeder Provokation von außen mit Entschiedenheit widersetzen. „Wir beobachten die Lage mit wachsamen

Augen und werden auf jede Provokation, die die Interessen unseres Landes bedroht, mit aller Härte reagieren. Unsere Luftwaffe, Marine und unsere Boden- und Unterwasserkräfte sind heute in der Lage, die Grenzen unseres Landes zu verteidigen."

Die Fraktion „Zweiter. Khordad“, das Bündnis um Chatami, veröffentlichte zu den Äußerungen Präsident Bushs eine ausführliche Stellungnahme. Darin heißt es u.a.:

„Die aggressive Stellungnahme der USA rührt aus der irrigen Vorstellung, Amerika genieße eine Monopolstellung und könne seine Interessen der ganzen Welt aufzwingen. Das tapfere Kulturvolk Iran hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es Aggressionen von Außen niemals duldet und ausländischen, militärischen Mächten nicht erlaubt, auf iranischem Gebiet Gewalt auszuüben. Auch heute werden die Menschen in Iran, trotz Schwierigkeiten und Belastungen, die sie ertragen müssen und trotz innerer Auseinandersetzungen jedem Angriff von Außen und jeder Dreistigkeit eines fremdes Staates, auch die Amerikas, eisern Widerstand leisten und keiner Macht erlauben, die Grenzen der Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes zu überschreiten.... Bushs Äußerungen sind nicht nur für das iranische, sondern auch für das amerikanische Volk beleidigend.“

Der iranische Parlamentspräsident Karubi erklärte, Bushs Aussage: „Wer nicht mit uns ist, ist für den Terrorismus“, erinnere ihn an die Worte Stalins, der gesagt habe: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ „Es scheint“, sagte Karubi „dass der amerikanische Präsident um sechzig Jahre zurückliegt und von den Worten Stalins überzeugt ist. Die USA, die die Taliban unterstützt haben, bezichtigen Iran des Terrorismus, obwohl Iran selbst Opfer des Terrorismus gewesen ist und Gegner der Taliban war, nicht nur weil sie das Recht des afghanischen Volkes missachteten, sondern auch weil sie das leuchtende Antlitz des Islam besudelt haben.“

Der bekannte iranische Journalist Djalaipur sagte: „Bush weiß offenbar nicht, dass seine radikalen Sprüche radikalen Kräften in der Dritten Welt neuen Stoff liefern und die Welle der

Freiheit und Zivilität schwächen, die für unsere von Krisen heimgesuchte Welt existenziell wichtig ist.“

Die Parlamentsabgeordnete Djamileh Kadivar meinte: „Bush ist über Iran nicht informiert.“ „Iran muß Klage erheben, denn Bushs Äußerungen sind pure Behauptungen, für die er den Nachweis schuldig geblieben ist.“ Kadivar fuhr fort: „Nach dem Ereignis vom 11. September spürte man in allen Ländern, auch in Iran, eine gewisse Solidarität mit Amerika. Doch diese Solidarität hatte offenbar eine negative Wirkung. Nun sind abermals antiamerikanische Gefühle wach geworden, was gewiss nicht den Interessen der USA dienen wird.“ Kadivar machte auch einige Gruppen im Inland für die neue Situation verantwortlich. Diese Gruppen hätten durch unbedachte Stellungnahmen dem amerikanischen Präsidenten den Vorwand für seine Drohungen geliefert.

Selbstverständlich kritisierten Revolutionsführer Khamenei, Staatspräsident Chatami und Ex-Staatspräsident Rafsandjani Bushs Äußerungen scharf. Während des Freitagsgebetes drohte Rafsandjani: „Amerika kann sich frei entscheiden, in unser Land herein zu kommen, nicht aber aus unserem Land hinauszugehen. Die Amerikaner würden hier in einem Meer von Blut ertrinken.“

Versuche, den Konflikt zu schlichten

In den ersten Tagen nach den Drohungen aus Washington wurden die Töne allerdings allmählich leiser und sachlicher. Offenbar war man inzwischen zu dem Schluss gelangt, die Warnungen könnten ernst gemeint sein und versuchte, die Behauptungen der US-Regierung mit sachlichen Argumenten zu widerlegen. Zudem unternahm die iranische Regierung zur Entspannung der Lage einige konkrete Schritte. Zum Beispiel wurden die Kontrollen an der iranisch-afghanischen Grenze verschärft, um das Einsickern der Mitglieder von al-Qaida zu verhindern. Auch das Büro von Gulbuddin Hekmatjar in Teheran wurde geschlossen.

Die Anwesenheit Hekmatjars in Iran seit Beginn des amerikanischen Angriffs in Afghanistan stieß auch auf Protest der Reformer. Ali Tadjenia, Parlamentsabgeordneter aus Mashad ver-

langte sogar die Ausweisung Hekmatjars.

Hekmatjar übernahm nach dem Sturz der Moskau-treuen Regierung in Afghanistan unter Borhanaddin Rabbani das Amt des Ministerpräsidenten. Nach drei Monaten musste er jedoch seinen Platz räumen. Er versuchte zunächst mit den Taliban, die die Macht übernahmen, zusammen zu arbeiten, doch obwohl der Führer der Taliban, Mullah Omar früher selbst der Islamischen Partei angehörte, die von Hekmatjar geleitet wurde, lehnte er die Offerte ab. Auch nach dem Sturz der Taliban durfte Hekmatjar bei der Konferenz über Afghanistans Zukunft in Bonn nicht mitreden. Daher stellte er sich gegen die Interimsregierung, er drohte sogar, in Kürze seine Kräfte in Afghanistan zu mobilisieren und den Sturz der Regierung Karsai herbeizuführen. Diese Drohung veranlasste die iranische Regierung dazu, trotz mächtiger Unterstützung, die Hekmatjar seitens der Konservativen in Iran genoss, sein Büro schließen zu lassen. Letzte Woche wurde Hekmatjar endgültig aus dem Iran ausgewiesen. Es ist nicht bekannt, wo er sich zur Zeit aufhält.

Seit Bushs Vorwürfen versuchen die Reformer, die neu entflammte Auseinandersetzung mit den USA zu schlichten. Die Rechten betrachten die Drohungen aus Washington dagegen als Geschenk des Himmels. Sie konnten die Feindschaft gegen die USA und Israel wiederaufleben lassen, die sie schon seit Beginn der Revolution zur Legitimation ihrer Macht und Mobilisierung der Massen schürten. Gewisse Parallelen zeigen sich auch zum iranisch-irakischen Krieg, in dessen Verlauf „Einheit und Geschlossenheit“ als einziger Weg zur Verteidigung des Glaubens und des Vaterlands deklariert wurden: seit den Angriffen aus Washington versucht man, die Widersprüche und Konflikte unter den Teppich zu kehren. Die Feindschaft zu den USA und Israel, verbunden mit der Werbung für Einheit und Geschlossenheit, kommt vor allem den Rechten zu gute. Zu den Feierlichkeiten zum 22. Jahrestag der Revolution konnten nach langer Zeit wieder Hunderttausende mobilisiert werden. Wenn die neue Politik Washingtons fortgesetzt wird, könnte dies nur ein Vorgeschmack gewesen sein.

Besuch Hamed Karsais in Teheran

Vom 23. bis 25. Februar hielt sich Hamed Karsai, Chef der afghanischen Interimsregierung, in Begleitung einer hochrangigen Delegation zu einem Staatsbesuch in Teheran auf. Die Visite konnten die Reformer sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch als wichtiger Erfolg verbuchen.

Karsai sprach der Teheraner Regierung seine hohe Anerkennung für die Rolle Irans bei der Lösung von Konflikten in Afghanistan aus. „Wir haben Iran gegenüber volles Vertrauen“, sagte er. „Iran hat dem nationalen Widerstand Afghanistans gegen die Taliban bzw. gegen die Terroristen unersetzbare Hilfe geleistet. Beim Wiederaufbau unseres Landes sind wir weiterhin auf die Hilfe unseres iranischen Nachbarn angewiesen, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur.“

Auch Präsident Chatami erklärte nach einem zweistündigen Gespräch mit Karsai, Iran habe vom ersten Moment an die afghanische Regierung anerkannt und fühle sich nun verpflichtet, sie mit aller Kraft zu unterstützen. Die Islamische Republik sei schon aus eigenem Interesse stark daran interessiert, dem afghanischen Volk bei der Lösung der Konflikte und dem Wiederaufbau des Landes zu helfen. „Wir werden uns nicht im Geringsten in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen, aber dem Land jede mögliche Unterstützung, die von uns verlangt wird, zukommen lassen.“

Tatsächlich wurden während Karsais Besuch mehrere Abkommen über enge Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern (u.a. Infrastruktur, Gesundheit, und Erziehung) zwischen den beiden Staaten unterzeichnet. International wurde der Besuch der afghanischen Delegation als eine deutliche Absage an die amerikanische Iran-Politik aufgefasst.

Bemerkenswerterweise wurde Karsai, den die Konservativen in Iran als „einen afghanisch sprechenden Amerikaner“ bezeichneten, auch von Revolutionsführer Khamenei empfangen. Diese Geste kann als eindeutiges Zugeständnis an die Reformer interpretiert werden.

Besuch des iranischen Außenministers in Berlin

Offensichtlich mißt die Regierung Chatami außenpolitisch unter den Staaten Europas Deutschland eine besonders wichtige Rolle bei. So befand sich der iranische Außenminister Kamal Kharrazi vom 26. bis 28. Februar zu Konsultationen mit der deutschen Regierung in Berlin. Dabei kamen sowohl die internationalen als auch die deutsch-iranischen Beziehungen zur Sprache.

Kharrazi warf den USA vor, die Weltpolitik monopolisieren zu wollen. Präsident Bush habe das iranische Volk beleidigt und dafür am 12. Februar, dem Jahrestag der Revolution, (mit einer Massendemonstration) eine eindeutige Antwort erhalten. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sei das Ziel aller Staaten der Welt. Daher habe Präsident Chatami UNO - Generalsekretär Annan vorgeschlagen, eine internationale Konferenz unter der Leitung der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus einzuberufen. Die Welt dürfe nicht zulassen, daß die Amerikaner diesen Kampf monopolisierten. „Eine Supermacht kann militärisch noch so stark sein, sie kann sich nicht erlauben, andere Staaten zu unterdrücken und eigene Ziele als absoluten Maßstab setzen. Mehr noch als Iran sollten die europäischen Staaten über das Bestreben der USA, die internationale Politik zu monopolisieren, besorgt sein.“

Zu einem möglichen Angriff auf den Irak meinte der iranische Außenminister, Iran selbst habe mit dem Irak

schlimme Erfahrungen gemacht. Irak müsse die UNO-Resolutionen einhalten. Doch ein militärischer Angriff werde die Probleme nicht lösen. Zwischen Irak und Afghanistan bestünde ein großer Unterschied.

Kharrazi bezeichnete die Behauptung Israels, einen Frachter mit Waffen aus Iran an die palästinensische Regierung entdeckt zu haben, als ein Märchen. „Wir haben Beweise und Dokumente verlangt, aber niemand konnte sie uns vorlegen.“

Zu den deutsch-iranischen Beziehungen erklärte Kharrazi: „Deutschland ist ein wichtiges Land Europas. Es kann sicherlich eine bedeutende Rolle im Nahen und Mittleren Osten spielen. Die Beziehungen zu Deutschland sind für uns außerordentlich wichtig. Sieht man von gewissen Unstimmigkeiten ab, kann man die deutsch-iranischen Beziehungen als ausgezeichnet einstufen. Wichtig ist, daß wir unsere Beziehung auf Grundlage der gegenseitigen Akzeptanz und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Gegenseite gestalten. Auch bei uns hat die Berliner Konferenz Mißstimmung ausgelöst. Aber die Angelegenheit ist inzwischen erledigt.“

Der Außenminister ging auf das Schicksal der einzelnen Konferenzteilnehmer, von denen noch einige im Gefängnis sitzen, nicht im Einzelnen ein. Er äußerte sich lediglich zu den beiden Übersetzern Said Sadr und Khalil Rostamkhani und sagte, die beiden Übersetzer seien iranische Staatsbürger. Demzufolge sei ihr Fall eine innere Angelegenheit Irans, über die die iranische Justiz zu entscheiden habe.